Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 35 (1943)

Heft: 1

Artikel: Bilanz 1942

Autor: Rimensberger, E.F.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353105

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE
RUNDSCHAU
FÜR DIE SCHWEIZ
Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit", Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale

No. 1 Januar 1943 35. Jahrgang

Bilanz 1942.

Von E. F. Rimensberger.

Die nachstehenden Ausführungen wollen einen allgemeinen Ueberblick der Weltlage geben. In der Februar-Nummer der «Gewerkschaftlichen Rundschau» wird sich Nationalrat Dr. Max Weber im besondern mit der Lage und Wirtschaft der Schweiz befassen.

I.

Der Krieg geht seinem Höhepunkt entgegen. Auf beiden Seiten werden die entscheidenden Bestände und Reserven mobilisiert: materiell und geistig. Zu den psychologischen Reserven gehören gegen Ende jedes Krieges als letzter und kräftigster Ansporn die Gefühle des Hasses und der Rache, jenes Hasses, von dem Hitler in seiner Neujahrsbotschaft gesagt hat, dass ihn das deutsche Volk bis jetzt nicht gekannt habe und dass «er notwendig sei, um einen solchen Kampf wie den jetzigen mit Aussicht auf Erfolg führen zu können». In ähnlichem Sinne hat Mussolini in seiner Antwort auf die Rede von Churchill von Ende November ausgeführt: «Wir müssen uns von falschen Gefühlen frei machen. Ohne Hass gegen den Feind kann kein Krieg geführt werden.» In der erwähnten Rede hat Churchill nach dem Einmarsch der Deutschen ins unbesetzte Gebiet Frankreichs ausgeführt, dass sich nun in Frankreich «alle Franzosen unter dem deutschen Joch befinden und lernen werden, es mit gleicher Inbrunst zu hassen.»

Was die Vergeltung und die Rache betrifft, die billig sind und keine grossen geistigen Anstrengungen erfordern, obwohl gerade sie im letzten Krieg gegenüber den in erster Linie Schuldigen ausgeblieben sind, so hat Churchill schon am 25. Oktober 1941 erklärt: «Die Vergeltung für die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes ist eines der Hauptziele der Alliierten in diesem

Kriege.» In ähnlicher Weise hat kürzlich Benesch gesprochen und gesagt, dass die Todesstrafe für Aktionen in Aussicht stehe, wie sie im Protektorat begangen worden sind. Am Tage des Sieges würden, so führte er weiter aus, die betreffenden Entscheidungen dem höchsten Gerichtshof des Landes vorgelegt und «unbarmherzig ausgeführt» werden. Insbesondere werde auch die Prager Regierung, also Leute von eigenem Fleisch und Blut, zur Verantwortung gezogen, denn «alle Schwächen, Kompromisse und Dienstfertigkeiten müssen eine Grenze haben, selbst wenn man die tragischen Umstände berücksichtigt, unter denen die sogenannte Prager Regierung herrscht». So stellt sich die allgemeine politische Lage dar.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wird von massgeblichen und unmassgeblichen Seiten die Ausschaltung und Vernichtung des Feindes propagiert, und zur Herzstärkung werden seine Absichten dem eigenen Volke in den schwärzesten Farben vor Augen geführt.

Auf sozialem Gebiet nimmt man vom Gegner an, dass er nach einem eventuellen Siege die völlige Versklavung der besiegten Volksmassen und ihre Ausbeutung zugunsten der Siegervölker im Auge habe.

Während in Zeitungen, Versammlungen und Bekundungen dieses garstige Konzert gespielt wird, hört man verschiedene, zum Teil sehr gewichtige Stimmen, die sagen, dass das Ende des Krieges schneller und überraschender kommen werde, als sich viele Leute vorstellen.

Um so lauter und eindringlicher ertönt die Frage: Welcher Friede wird uns nach Begleichung der summarischen Rechnungen der ersten Nachkriegszeit beschert sein? Dies ist eine Frage, die, gleichgültig welche Partei siegen wird, alle Völker gleichmässig angeht. Sie wird auch überall ungefähr im gleichen Sinne beantwortet. Ueberall herrscht im Volke die Meinung, ja die Hoffnung vor, dass revolutionäre Prozesse eine völlige wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwälzung bringen werden.

Dass dies bei den Kriegszielen der Achse der Fall ist, wobei wir im Augenblick die Art und die Mittel dieser revolutionären Umgestaltung nicht unserer Kritik unterziehen wollen, wird heute von niemand mehr bestritten und zeigt sich schon mitten im Krieg politisch, wirtschaftlich und sozial bei den Massnahmen, die in Deutschland selber sowie in den von ihm besetzten Ländern mit dem Blick auf harte Endgültigkeiten getroffen werden.

Auch bei den Alliierten, von denen man gerne sagt, dass sie das evolutionäre Prinzip vertreten, wird immer deutlicher, dass dieses Prinzip bei der Durchführung der bescheidensten der angemeldeten Neuerungen unter die Räder kommen müsste. Schon im Hinblick auf die in Aussicht gestellte sogenannte «soziale Sicherheit» lässt sich sagen, dass sie, falls man sie ernsthaft verwirklichen will, eine Revolution auf wirtschaftlichem Gebiet voraussetzt. Eine solche Revolution kann, so lässt sich weiter sagen, nicht

erfolgreich sein, wenn sie sich lediglich innerhalb der Grenzen eines nationalen Staates vollzieht. *Die internationale wirtschaftliche Organisation ist eine unbedingte Voraussetzung der durch die soziale Sicherheit bedingten nationalen wirtschaftlichen Revolution.*

Ist man sich in führenden Kreisen dessen bewusst bzw. sind seit der Bekanntgabe der Kriegsziele der Alliierten neue Aeusserungen gefallen, die diese Verantwortungen näher umschreiben oder uns grössere Gewissheit geben?

II.

Auch heute noch ist die am 14. August 1941 zur Annahme gelangte « Atlantic-Charter » das repräsentativste anerkannte Dokument der Alliierten über die Kriegsziele.

Es ist — dies sei gleich gesagt und im Hinblick auf hochtrabende Kommentare und Kommentatoren unterstrichen — kein revolutionäres Instrument und es will das auch nicht sein. Wenn alle Versprechungen, die darin gemacht werden, dem Buchstaben nach erfüllt würden, so brauchte und könnte die Welt von Morgen keine neue Welt sein. Die Atlantic-Charter ist nämlich nicht mehr als eine allgemeine Prinzipienerklärung. Sie ist wichtig als erster Schritt. Unabdingbar ist eigentlich nur der erste Punkt der Charter: Die alliierten Länder « suchen keinen Gewinn, weder territorialer noch anderer Natur ». Wenn die Alliierten gleichzeitig sagen, « dass sie keine territorialen Veränderungen anstreben, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der beteiligten Völker übereinstimmen », so ist dies — man denke an die Beispiele « frei zum Ausdruck gebrachter Wünsche » der Völker nach dem letzten Kriege! — eine dehnbare Formel, desgleichen die Feststellung, dass sich die Alliierten « bemühen » werden, « unter voller Beachtung ihrer bestehenden Verpflichtungen, für alle Staaten, gross oder klein, Sieger oder Besiegte, zu gleichen Bedingungen besseren Zugang zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt zu schaffen, die zum wirtschaftlichen Wohlstand der Staaten benötigt werden ». Darüber später noch mehr. Wenn die Alliierten bekunden, « dass sie das Recht aller Völker respektieren werden, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und es ihr Wunsch ist, dass souveräne Rechte und eine autonome Regierung allen denen zurückgegeben werden, denen sie entrissen worden sind », so ist dieses Versprechen allein schon durch die Abmachungen mit Russland und andere Bindungen in der Folge hinfällig geworden. Einer der wichtigsten Punkte der Charter lautet, dass es das « Bestreben » der Alliierten ist, « auf wirtschaftlichem Gebiet die volle Zusammenarbeit aller Nationen herbeizuführen, um für alle verbesserte Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Aufschwung und soziale Sicherheit zu gewährleisten ». Verbesserte Arbeitsbedingungen und wirtschaftlicher Aufschwung waren auch schon die Ziele des letzten Krieges, und

wenn die « soziale Sicherheit » international im gleichen Sinne gemeint ist wie der Beveridge-Plan auf nationalem Gebiet, so läuft dieses Versprechen lediglich auf eine Erweiterung jener sozialen Fürsorge hinaus, die ebenfalls Gegenstand des letzten Krieges war. Man stellte damals sogar die « soziale Gerechtigkeit » in Aussicht. Diese geht viel weiter als die « soziale Sicherheit », die sozusagen nur die Garantierung des Wiederbeschaffungswertes der Ware Arbeitskraft bedeutet. Die « soziale Gerechtigkeit » wurde in Form sozialfürsorgerischer Massnahmen in Teil XIII des Friedensvertrages unter der Feststellung niedergelegt, dass diese Gerechtigkeit verwirklicht werden müsse, da der Weltfriede nur auf diesem Boden aufgebaut und gesichert werden könne. Das Resultat ist bekannt.

Die Alliierten « hoffen » ferner, dass nach der « endgültigen Vernichtung der nationalsozialistischen Tyrannei ein Frieden geschlossen werde, in dessen Rahmen allen Nationen die Möglichkeit gegeben wird, innerhalb ihrer Grenzen in Sicherheit zu leben, und der die Gewähr dafür bieten wird, dass alle Menschen in allen Ländern ihr Leben frei von Furcht und Not beschliessen können ». Ein solcher Friede « soll » alle Länder « in die Lage versetzen, die Meere unbehindert befahren zu können ». Der letzte Punkt der Charter besagt, dass die Alliierten « glauben », alle Völker der Welt « müssen aus realpolitischen und aus geistigen Gründen auf die Anwendung von Gewalt verzichten. Da kein künftiger Frieden gewahrt bleiben kann, wenn Völker, die über ihre Grenzen hinaus durch ständige Aufrüstung zu Wasser, zu Lande und in der Luft mit Angriffen drohen, so glauben sie, die Entwaffnung solcher Länder sei bis zur Festlegung eines breiter gefassten und dauernden Systems allgemeiner Sicherheit wesentlich. Sie werden ebenso alle übrigen praktischen Massnahmen unterstützen und ermutigen, die den friedliebenden Völkern die drückenden Rüstungslasten erleichtern ».

Dieser letzte Punkt (Punkt 8) der Charter enthält einen in die Augen springenden Widerspruch. Ist es möglich, dass alle Völker auf Gewalt verzichten, wenn gleichzeitig die volle Gewähr dafür gegeben werden soll, dass die angriffslustigen Völker in Schach gehalten werden? Kann überhaupt die Welt auch nur für absehbare Zeit in angriffslustige und friedliebende Völker eingeteilt werden (man denke an die Angriffslustigkeit der modernen Franzosen und jener der Zeit Napoleons)? Der amerikanische Staatssekretär Hull hat wohl diesen Widerspruch empfunden und ihn in seiner Rede im Juli 1942 korrigiert, indem er sagte, es sei klar, dass « irgendeine » internationale « Behörde geschaffen werden muss, die, wenn nötig, mit Gewalt künftig den Frieden zwischen den Nationen aufrechterhalten kann ». Kann eine solche Behörde, wenn sie sich aus nationalen Exponenten zusammensetzt — ist sie anders überhaupt denkbar? —, nicht selber zu jener Gefahr werden, vor der sie uns alle schützen will?

Soviel über die Atlantic-Charter selber. Wir möchten uns nun fragen, in welchem Masse und Umfange die von ihr aufgestellten allgemeinen Prinzipien und verkündeten Absichten in der Zwischenzeit konkreter umschrieben worden sind.

Zunächst möchten wir über den eigentlichen Friedensschluss etwas sagen, der laut Charter nach der « Vernichtung der nationalsozialistischen Tyrannei » zum Ausgangspunkt aller spätern Schritte werden soll.

Eine Tendenz, auf die wir schon früher aufmerksam gemacht haben und deren Hervorhebung uns damals vielerorts als « böswillige Annahme » angekreidet worden ist, hat sich in der Zwischenzeit verschärft und ist nahezu offiziell geworden: Der Friede soll nicht sofort geschlossen, er soll « schrittweise organisiert » werden bzw. es soll ihm, wie der amerikanische Aussenminister Hull sagte, jene von seinem Unterstaatssekretär Sumner Welles beantragte « Zwischenlösung » eines « langfristigen Waffenstillstandes » vorangehen, währenddem das internationale Schutzsystem errichtet werden soll. Wieviel Zeit braucht es wohl dazu, wenn man bedenkt, dass die viel weniger weit gehende « kollektive Sicherheit » vor dem jetzigen Krieg in Jahrzehnten nicht zustande gekommen ist?

Wenn man solche Methoden in Aussicht nimmt, so möchten wir lediglich an das namenlose Elend und die katastrophalen wirtschaftlichen und psychologischen Folgen erinnern, die die Verzögerung und Hinausschiebung des Friedensschlusses zwischen Deutschland und Frankreich bewirkt hat. Man stelle sich ein solches Vorgehen im europäischen oder gar im Weltmassstabe vor, besonders wenn eine solche « gradweise » Organisation des Friedens, was von sehr massgebenden Kreisen beantragt wird, mehrere Jahre in Anspruch nehmen soll.

Wenn nach Kriegsschluss — falls es so etwas überhaupt gibt! — der Friede nicht unter dem Druck der Völker mit grösster Beschleunigung organisiert wird, so würden sich ohne Zweifel neue Unstimmigkeiten, der « Krieg mit andern Mitteln » oder gar richtige Kriege — man denke an Versailles! — schon während der langwierigen Verhandlungen ergeben. Die besten Verbündeten (geschweige denn Alliierte mit derart verschiedenen Wünschen und Ambitionen wie die USA., Grossbritannien und Russland) können zu keinem wahren Frieden kommen, wenn sie ihn nicht sofort unter dem frischen Eindruck der gemeinsam gebrachten Opfer und der Abtragung einer Dankesschuld an ihre Völker abschliessen. Wenn bei den kleinen Ländern im Kreise der Alliierten, die wahrscheinlich in verschiedener Hinsicht Ursache haben werden, auf eine gelegentliche Korrektur ihres Glücks oder Unglücks in einer langen Periode des Waffenstillstands zu hoffen, solche Tendenzen nicht auf

den nötigen Widerspruch stossen, so ist dies psychologisch begreiflich, hingegen mutet es nahezu verhängnisvoll an, dass die meisten neutralen Länder die dahingehenden Absichten ohne grossen Kommentar und Protest zur Kenntnis nehmen.

Wenn auch der Friede von Versailles ein schlechter Friede war, so war er doch wenigstens ein Friede. Soll der Friede nach diesem Krieg eine direkte Fortsetzung des Krieges oder gar ein Chaos werden? Geht es an, dass man einfach den Kopf in den Sand steckt, weil man schon jetzt auf alle Seiten Rücksicht nehmen und sich für keine der zur Sprache stehenden Organisationsformen der neuen Welt definitiv entscheiden kann oder will: weder für einen neuen und besser ausgebauten Völkerbund mit militärischen Machtbefugnissen noch für eine Liga der siegreichen Mächte oder für die bei den Alliierten hoch im Kurs stehende « regionale Organisation » der Welt.

In bezug auf diese regionale Organisation bestehen unter den Alliierten ganz besonders grosse Meinungsverschiedenheiten. Gewichtige Vertreter von kleinen Ländern, wie Belgien und Norwegen, die zu den gebrannten Kindern gehören, sind heute sogar zur Preisgabe ihrer Neutralität bereit, da sie sie im Ernstfall doch nicht retten konnte. Weil ihre Länder immer Spielball oder gar Schlachtfelder der Mächte waren, sehen solche Länder (auch die unter sich nicht immer einigen Länder, wie Polen, die Tschechoslowakei, Griechenland, Jugoslawien) die Rettung und Sicherung eher in einer « universellen » als in einer regionalen Ordnung (dies auch im Hinblick auf ihre starke Abhängigkeit vom Export und Welthandel). Luxemburg, das sich im gleichen Falle befindet und von der Weltgeschichte seit Jahrhunderten herumgestossen und vergewaltigt worden ist (ohne dass übrigens die Luxemburger mit ihrem « Heer » von einigen hundert Mann ihr Nationalgefühl eingebüsst haben), könnte sich im Hinblick auf die in der Vergangenheit getätigten guten Geschäfte sogar mit dem Aufgehen in Paneuropa abfinden. Wieder andere Länder, die als selbständige Staaten weder ihrer Neutralität noch irgendwelcher Prosperität froh geworden sind, dürften im Gegensatz dazu sehr heftig auf die ihnen durch die Alliierten versprochene Zurückgabe ihrer souveränen Rechte pochen.

Soll, weil solche Schwierigkeiten und unterschiedliche Wünsche vorhanden sind, der Krieg in allgemeiner Unsicherheit und Unentschiedenheit zu Ende gehen? Sagen aus diesem Grunde repräsentative Stimmen fast gleichzeitig, dass die « neue Ordnung » und die « finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung für keines der betroffenen Länder den Verlust seiner wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit zur Folge haben soll », während andernorts von der « Schalheit » der « formellen Unabhängigkeit » der

kleinen Staaten und dem « starren Nationalitätenprinzip » gesprochen oder gesagt wird, die kleinen Länder « können nur am Leben bleiben, falls sie sich in permanenter Weise mit einer Grossmacht verbinden », wenn ferner zum Beispiel der amerikanische Aussenminister Hull in der gleichen Rede äussert, dass « alle Streitigkeiten auf friedlichem Wege gelöst », der Friede jedoch wenn nötig mit Gewalt aufrechterhalten werden müsse, wenn er einerseits fordert, nach dem Sieg müsse « planmässig, schnell und durchgreifend gehandelt werden », während er anderseits einer langwierigen « Zwischenlösung » das Wort redet.

Beide Arten von Ausführungen können ehrlich und in guter Absicht gemeint sein; wenn es jedoch nicht gelingt, eine lebensfähige Formel und Synthese für die Freiheit und die Planmässigkeit, die Souveränität und die Eingliederung in ein grösseres Ganzes zu finden, so wird die Demokratie national, im Rahmen Europas und der Welt gerade dann untergehen, wenn sie unter Millionenopfern an Gut und Blut den Sieg errungen hat!

III.

Was die rein wirtschaftlichen Probleme betrifft, so hat zu unserer Genugtuung die von uns verschiedentlich glossierte Formel der « Verteilung der Rohstoffe » endlich eine Version erhalten, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt und zeigt, dass auf diesem Gebiete nicht etwa der Kommunismus seitens der Kapitalisten in Funktion gesetzt wird. Vor der amerikanischen Aussenhandelsdelegation hat der stellvertretende Staatssekretär Sumner Welles am 9. Oktober schlicht und einfach gesagt, der « Zutritt » zu den Rohstoffen « bedeute die Möglichkeit, auf den Weltmärkten kaufen zu können », wozu man wohl ergänzend beifügen darf: falls man das nötige Geld oder den Kredit dazu hat bzw. erhalten kann. Sumner Welles hat allerdings diese Formel in der gleichen Rede insofern eingeschränkt, als er beifügte: « Die Rohstoffe für die Kriegführung sollen für keinen zukünftigen Hitler mehr zugänglich sein. Der Zutritt zu den Rohstoffen bedeutet das Recht zu friedlichem Handel. » Leider ist es bis heute so gewesen, dass im Laufe der Geschichte direkt oder indirekt alle « zukünftigen Hitler » allzeit Gelegenheit gefunden haben, die für die Kriegführung nötigen Rohstoffe in « friedlichem Handel » in Friedenszeiten, ja manchmal sogar während des Krieges — auch in diesem Kriege! — zu kaufen. Solange es eine kapitalistische Wirtschaft gibt, werden die zukünftigen Hitler nie in Verlegenheit kommen; und es würde sogar nach der Abschaffung des Kapitalismus keine Garantie dafür geben, dass sie nicht zu den gewünschten Rohstoffen kommen. (So hat zum Beispiel Deutschland im Jahre 1935, also mitten in der Zeit seiner Aufrüstung, 58 Prozent seines Manganimportes aus USSR. bezogen. Die USSR. steigerte im Jahre 1936, als der Völkerbund unter Zustimmung der russischen Dele-

gation gegen Italien wirtschaftliche Sanktionen ergriff, ihre Lieferungen an die « imperialistischen Friedensbrecher » um 20 Prozent!)

Wenn man über die Gestaltung der wirtschaftlichen Dinge nach dem Kriege orientiert sein will, so darf man an der wichtigen Frage der sofort nach dem Siege von den Alliierten in Aussicht gestellten Lebensmittellieferungen für die von den Deutschen besetzten und befreundeten Länder nicht vorbeigehen.

Dahingehende Versprechungen gehörten zu den allerersten der bekanntgegebenen Kriegsziele der Alliierten. Schon im Jahre 1940 sagte der damalige englische Ministerpräsident, dass es die Absicht Englands sei, « im voraus » für die sofortige Lieferung von Nahrungsmitteln in die besetzten Länder zu sorgen, sobald diese ihre volle Freiheit wieder erreicht hätten. Diese Versprechungen sind später bei jeder Gelegenheit wiederholt worden und spielen heute noch da und dort — zu Unrecht! — die Rolle optimistischer Kommentare.

Man muss sich an den letzten Krieg erinnern, um sich darüber klar zu werden, welche Wichtigkeit dieses Problem hat. Der britische Leiter der Hilfsaktion, Sir William Goode, hat in diesem Zusammenhang seiner Regierung in sehr offener Weise mitgeteilt, dass damals (einige Monate nach Kriegsschluss) « Nahrungsmittel die einzige Grundlage waren, auf der die Regierungen gewisser, besonders der neu errichteten Länder an der Macht gehalten werden konnten ». Er fügte warnend bei, dass sich bei solchen Lieferungen die Lage jeweils verschlimmere, wenn nicht zugleich mit den Nahrungsmitteln auch Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden. Dass bei solchen Hilfsaktionen politische Erwägungen nicht unbeteiligt waren, ist klar. Eine der Regeln Hoovers, der damals die amerikanische Hilfsaktion leitete, bestand laut einem seiner Biographen darin, dass Nahrungsmittel nur in Länder und Gegenden gehen durften, wo sie geschützt und kontrolliert werden konnten: « Dies bedeutete einen gewissen Schutz gegen den Kommunismus und seine Absichten. » Brailsford, der damals ebenfalls mit diesen Dingen zu tun hatte, sagt im Hinblick auf die nach diesem Kriege geplanten Hilfsaktionen u. a.: « Ich erinnere mich an meine Erfahrungen in Europa am Ende des letzten Krieges, das heisst während der Periode des Hungers und der drohenden Revolution, als man von einer Woche zur andern nicht wusste, ob in Ungarn, Oesterreich oder Bayern eine sozialdemokratische, eine sowjetistische, eine reaktionäre oder feudalistische Regierung in Aussicht stand. Einer der entscheidenden Faktoren war dabei die amerikanische Hilfe in Form von Nahrungsmitteln. Die Hilfe ist von den Amerikanern so gelenkt worden, dass in Ungarn die Reaktion siegte und der soziale Wiederaufbau in Deutschland und Oesterreich erschwert wurde. Die amerikanische Hilfe lag damals

in den Händen konservativer und kapitalistischer Agenten, die sie als politische Waffe benutzten. Es stand in ihrer Macht, Bewegungen beizustehen oder sie zu hemmen. Das gleiche wird am Ende dieses Krieges geschehen, das heisst die Mächte, die die amerikanische Hilfe in Händen haben werden, können über die politische Entwicklung der Länder entscheiden, denen die Hilfe zuteil werden soll. »

Wie weit ist die Vorbereitung der Hilfsaktion gediehen? Die am 24. September 1941 im St.-James-Palast in London abgehaltene Konferenz der alliierten Regierungen zur Besprechung dieser Frage hat keine praktischen Resultate gezeitigt. Seither hat sich die Lage nicht verbessert. Wenn Aussenminister Eden noch am 2. Dezember 1942 im Unterhaus gesagt hat, dass die sofortige Hilfe nach dem Kriege lebenswichtig sei für die Erholung Europas, so muss demgegenüber festgestellt werden, was schon an der Sitzung der Krisenkommission des Internationalen Arbeitsamtes (IAA.) vom April 1942 zum Ausdruck gekommen ist, nämlich, dass Getreide, Baumwolle und Kaffee die einzigen wichtigen Produkte sind, von denen noch einige Ueberschüsse vorhanden sind. Die Vorräte Englands sind zum grössern Teil aufgebraucht, so dass von dieser Seite kaum solche an Europa abgegeben werden können. « In grossen Teilen Europas », so sagte ein Berichterstatter in der besagten Sitzung der Krisenkommission des IAA., « wird man am Ende des Krieges einen grossen Mangel an lebenswichtigen Produkten feststellen. Wenn sie nicht oder nicht rasch geliefert werden können, so werden Unterernährung, Krankheit und vielleicht eine Hungersnot nicht vermieden werden können. » Der Berichterstatter forderte eine internationale Zusammenarbeit der Regierungen. Diese würden « über ihre unmittelbaren Interessen nur hinaussehen, wenn sie das Gefühl hätten, dass die öffentliche Meinung einen Druck auf sie ausübt und sie zu mehr Grosszügigkeit zwingt ». Eden sagte in seiner bereits erwähnten Rede, dass « die Verantwortung für die Anhäufung von Vorräten in erster Linie den Dominions und den USA. überlassen bleibe ».

Aus dem oben Gesagten geht hervor, wie wichtig gerade die Meisterung dieses Problems ist. Jef Rens, der in London lebende Sekretär und Wirtschaftsexperte der belgischen Landeszentrale, hat kürzlich in einer Rede, in der er auf die negativen Resultate der St.-James-Konferenz hinwies, diese Erkenntnis in folgende Worte gefasst: « Was wird geschehen, wenn es am Ende dieses Krieges klar wird, dass die alliierten Nationen unfähig sind, alle diese Probleme zu lösen? Es werden da und dort Revolten ausbrechen. In ihrem Elend werden die arbeitenden Massen sich dem Lande zuwenden, wo alle diese Probleme gelöst scheinen: Sowjetrussland. Dieses Land, das erfolgreich den deutschen Armeen Widerstand leistet und an einem Sieg der Alliierten entscheidenden Anteil haben wird, wird sich grösster Achtung erfreuen. » Rens sagt weiter,

dass in einem solchen Fall besonders Deutschland, Italien, Spanien und Frankreich der russischen Ideologie zuneigen würden: « Würde eine solche Entwicklung stattfinden, so wäre es um die Freiheit für eine sehr lange Zeit geschehen. »

Dass die Gefahren mangelnder Klarheit infolge der sich widerstrebenden Tendenzen tatsächlich vorhanden sind, zeigt sich in steigerndem Masse. Ohne Zweifel hat die Verbesserung der militärischen Lage der alliierten Armeen zur Folge, dass jene Kreise wieder mehr zum Wort kommen, denen es mit der « neuen » und « besseren » Welt nie so recht Ernst gewesen ist. Die Abhalfterung von Stafford Cripps in England, der Eintritt des Sohnes von Lord Derby in die englische Regierung usw. sind nur einzelne Oberflächensymptome. Bedeutungsvoller sind vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus die auf der internationalen Arbeitskonferenz in Washington erfolgten Zusammenstösse zwischen dem interimistischen Direktor des Internationalen Arbeitsamtes und den amerikanischen sowie britischen Unternehmervertretern, die heftig rügten, dass der Bericht des Direktors kein offenes und kräftiges Bekenntnis zum Liberalismus und freien Unternehmertum enthält. Was im Bericht des Direktors fehle, so hiess es, sei « ein Fanfarenstoss zugunsten des freien Unternehmertums ». Nirgendwo im Bericht sei die Feststellung zu finden, dass « die Welt unter anderm auch der grössten Erweiterung des Systems des freien Unternehmens bedarf, dem in so hohem Masse der Fortschritt des vergangenen Jahrhunderts zu danken ist ». Nach der internationalen Arbeitskonferenz in New York ist auf beiden Seiten des Ozeans von « Big Business », vom Grossunternehmertum, eine systematische Kampagne für eine « liberalistische Renaissance » eingeleitet worden. Es zeichnen sich darin der nationale amerikanische Unternehmerverband, die amerikanische Handelskammer, die amerikanischen Automobilindustriellen, die grossen Schiffsbauinteressen in England, die Metallindustriellen usw. aus. Mitten im Krieg feiert das freie Unternehmertum seltsame Triumphe, indem zum Beispiel, wie der Vorsitzende Tanner des Britischen Metallarbeiterverbandes auf dem letzten Kongress dieser Organisation mitteilte, die Schiffsmagnaten, die die Konkurrenz der Flugzeuge nach dem Kriege und deshalb die Durchführung grosser Pläne für den Bau von Riesenflugzeugen für den transatlantischen Verkehr fürchten, die Belegschaften der Flugzeugfabriken lieber arbeitslos als mit der Herstellung von Konkurrenzfahrzeugen beschäftigt sehen. Es sei auch, so sagte Tanner weiter, auf die verhängnisvollen Einflüsse grosskapitalistischer Interessen zurückzuführen, wenn innerhalb der britischen Rüstungswirtschaft immer noch nicht die Maximalproduktion erreicht sei (Juni 1942).

Mitten im Kriege wusste der Generalrat der britischen Schiffsbauunternehmer die Aufstellung eines Planes zu erwirken, der die Rückgabe der für die Regierung gebauten Schiffe nach dem Krieg an die Privatindustrie vorsieht.

Bei der Unterstützung solcher Tendenzen können sich insbesondere die amerikanischen Kapitalisten auf die offizielle Politik ihrer Regierung berufen, da sich ja die USA. als stärkste Macht der Welt und grosse wirtschaftliche Erbin der Nachkriegszeit begreiflicherweise national und international für die grösste Freizügigkeit aussprechen. Immer wieder weist der realistische Sumner Welles darauf hin, dass ein Aufbau der Welt nur auf der Grundlage grösster Freizügigkeit möglich sei, dass « der normale Warenaustausch, der schliesslich allein die langfristigen Aufbauverbindlichkeiten abtragen kann, mit keinerlei Einschränkungen und künstlichen Handelsschranken zu vereinbaren sei ». Mit einer solchen Politik setzen sich die USA. bewusst oder unbewusst in Gegensatz zu den Vorzugstarifen innerhalb des britischen Empires, zu den Abmachungen von Ottawa usw.

In die gleiche Kerbe schlug im November Wendell Willkie, als er sich für die Ergänzung des politischen durch den wirtschaftlichen Internationalismus sowie für eine beschleunigte und genaue Abklärung der Friedensziele der Alliierten einsetzte, damit nicht nach der Befreiung der nunmehr besetzten Länder die nationalistischen Leidenschaften die Oberhand gewinnen. Diese Politik richtet sich, so sagt der Londoner Korrespondent eines gut informierten Blattes, unverkennbar gegen die Auffassung Churchills und seiner konservativen Kollegen im Kabinett, die einer verbindlichen Präzisierung der Atlantik-Charter immer wieder damit auszuweichen suchen, dass sie den Sieg über den Kriegsgegner als die einzig wirklich dringliche Aufgabe bezeichnen, wobei man allerdings englischerseits, so sagte kürzlich Churchill zur Aufklärung « gewisser Missverständnisse », die feste Absicht habe, « das eigene zu wahren » oder, wie sich Eden ausdrückt, « das Britische Reich sich seiner Stellung als Weltmacht nicht entledigen könne » und eine « Weltmacht mit Interessen bleiben wolle, die sich auf die ganze Welt erstrecken ».

Wie schwierig es unter anderm auch für die in der wirtschaftlichen Wirklichkeit stehenden Gewerkschaften ist, zwischen den sich widerstrebenden Tendenzen einen gangbaren Mittelweg zu finden, wird besonders deutlich, wenn wir neben die obigen Ausführungen verantwortlicher Staatsmänner einen Ausspruch Citrines setzen, des Generalsekretärs des Britischen Gewerkschaftsbundes, der bei der Besprechung der Nachkriegsprobleme im Provisorischen Internationalen Gewerkschaftsrat laut Protokoll des Internationalen Gewerkschaftsbundes im September 1942 unter anderem gesagt hat: « Es werden Vorschläge für die Nachkriegszeit gemacht, als ob nie ein Krieg stattgefunden hätte. Wenn man von Planwirtschaft spricht, so muss es auch eine Autorität geben, die über die Arbeitskräfte in den Fabriken bestimmt und die Macht hat, neue wirtschaftliche Tätigkeiten einzuführen oder solche einzuschränken. *Einer solchen Macht kann man eine Kontrolle über die Arbeitskräfte nicht verweigern.* Damit wäre man jedoch ohne Zweifel

vielerorts in unsern Kreisen nicht einverstanden. Ich erwarte auch nach diesem Kriege nicht das goldene Zeitalter. Die Nationalisierung der Bergwerke und Eisenbahnen, das heisst von Kohle und Verkehr, wird wohl für ein Jahrzehnt das Maximum dessen sein, was wir erwarten können. »

Inmitten dieser Unsicherheiten und Unentschiedenheiten werden die Ausführungen der verantwortlichen Staatsmänner zusehends vorsichtiger und zum Teil auch widerspruchsvoller. Im gleichen Atemzug sprechen sie sich für schnelles und durchgreifendes oder für vorsichtiges und langsames Handeln aus, für regionale und universale, für endgültige und vorübergehende Lösungen, für die « gradweise » Organisierung des Friedens und für « einschneidende Aenderungen in der politischen und wirtschaftlichen Organisation der Welt », für « hohe Ideale » und « geschäftsmässige Lösungen ».

Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang zwei Aeusserungen der allerletzten Zeit: die dem Wiederaufbau gewidmete Unterhausrede von Eden vom 2. Dezember und die Ansprache des Vizepräsidenten der USA., Wallace, anlässlich des Geburtstages von Wilson.

Beide legen den Nachdruck auf das selbständige Vorgehen der einzelnen Nationen nach dem Kriege. Wallace betont diese Forderung besonders scharf, indem er sagt: « Es ist richtig, dass auf lange Sicht jede Nation ebenso wie jedes Individuum sich auf sich selbst verlassen muss und aus eigenen Kräften den Lebensstandard des betreffenden Volkes heben soll . . . » « Die erste Sorge jeder Nation muss sich auf die Wohlfahrt ihres eigenen Volkes erstrecken. » Gleichzeitig stellt allerdings Wallace einen « Apparat zur Verhinderung des Wirtschaftskrieges » sowie einen « Weltgerichtshof », eine Art von « Weltrat », in Aussicht, wobei es gleichgültig sei, welches Weltordnungssystem sich durchsetze. Endlich sagt er — nach bald 4 Jahren Krieg! —, dass man über die Gestaltung der Nachkriegswelt noch nicht viel wisse, jedoch « heute schon damit angefangen (!) werden könne, über die Leitsätze der neuen Weltdemokratie nachzudenken (!), die wir Angehörige der vereinten Nationen zu errichten hoffen ». Zwei der Grundsätze seien dabei, « die Freiheit und die Einheit oder, mit andern Worten, die Selbstverwaltung und die Zentralisierung der Autorität », also Dinge, die sich gegenseitig völlig ausschliessen. Eden hat, wie wir bereits erwähnten, in der Frage der ersten Hilfe und Organisation in seiner Rede vom 2. Dezember unterstrichen, dass die Bildung von Vorräten usw. nach dem Kriege den Dominions und den Vereinigten Staaten überlassen werden müsse. Er bekräftigte damit eine Feststellung des britischen Vorsitzenden der bereits erwähnten Konferenz im St.-James-Palast, der wörtlich sagte, « dass die Angelegenheit in erster Linie Sache der einzelnen Regierungen sei ».

Die im Zuge der militärischen Besserstellung und der ideologischen Differenzierung auf seiten der Alliierten eingetretene Lockerung der Kriegsziele entspricht nicht nur der damit Hand in

Hand gehenden Entspannung bei den herrschenden Mächten, die die schlimmsten Gefahren für überwunden betrachten und deshalb auf die unter dem Druck der Verhältnisse in Wort und Schrift gemachten Konzessionen zurückzukommen versuchen, sondern auch der politischen Generallinie der Alliierten, die allzeit die Freiheit und Selbständigkeit der Völker auf ihrem Programm hatten, so dass die scheinbare Planlosigkeit etwas Planvolles an sich hat.

Dieser planvollen Planlosigkeit steht sozusagen eine planlose Planmässigkeit der Achsenmächte gegenüber, die von allem Anfang an auf dokumentarisch festgelegte Kriegsziele verzichtet haben, ja verzichten konnten, weil ihre Ideologie keinen Zweifel über die von ihnen beabsichtigte Gestaltung von Europa und der Welt offen lässt.

Seit sich das Kriegsglück nicht mehr ausschliesslich auf einer Seite geltend macht, ist allerdings auch bei den Achsenmächten, insbesondere bei Deutschland, gelegentlich eine andere Sprache festzustellen. So hat sich zum Beispiel kürzlich der « Völkische Beobachter » sogar zur Aeusserung veranlasst gesehen, dass nicht Zwang, sondern Freiwilligkeit die Voraussetzung der Zugehörigkeit zur europäischen Neuordnung sei. Sollte jedoch die Achse den Krieg klar gewinnen, so würden ohne Zweifel in den Grossräumen, die sich heute schon abzeichnen, die Grossmächte, d. h. Deutschland, Italien und Japan, auch auf wirtschaftlichem Gebiet — wie das immer gesagt worden ist — die unbedingte und straffste Führung beanspruchen. Ein mehr oder weniger autarkes Europa könnte wirtschaftlich nach aussen frei und gesichert erscheinen. Auf Grund von Grossraumplanung *(die Pläne dazu liegen zum Teil fix und fertig in den Archiven des Völkerbundes und sind in der Zeit zwischen dem letzten und dem jetzigen Krieg nur deshalb nicht durchgeführt worden, weil der Völkerbund niemand zur Durchführung dieser Pläne zwingen wollte und konnte)* und im Hinblick auf komplementäre Möglichkeiten liessen sich, besonders für kleine Länder, viele Probleme leicht regeln, mit denen wir uns heute im Hinblick auf die Unsicherheiten der eventuellen Weltwirtschaft von morgen oder in der Gewissheit der Rückkehr der Diskrepanzen von gestern hoffnungslos herumschlagen (man denke zum Beispiel an das nahezu unlösbar scheinende Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie in der Schweiz). Alle hätten ein mehr oder weniger rechtes oder schlechtes und gesichertes Auskommen, es würde jedoch heissen: Friss Vogel oder stirb. Mit einem Schein von Logik liesse sich bei einer solchen Lösung behaupten, dass die Zusammenfassung von staatlichen Gebilden (man denke an die USA., das Britische Weltreich oder sogar die Schweiz) in der Geschichte allzeit nur nach schweren inneren Krisen, nach Kampf, Gewalt, Unterjochung und Unterstellung zustande gekommen ist. Die kleinen Staaten würden sich, so glaubt man auf Seite der Achse, in ihrem eigenen Interesse an die Erfordernisse der auf Autarkie zielenden Grossraumwirtschaft, von der sie selber wirt-

schaftlich profitieren würden, anpassen. Klagen über Beeinträchtigung seitens der kleinen Völker und Schmälerung ihres Selbstbewusstseins würde man dabei wohl kaum gelten lassen. Die Grossraumwirtschaft wäre, wie es an anderer Stelle heisst, im Sinne einer geschlossenen, sich selbst genügenden und nach gemeinsamen Grundsätzen bewirtschafteten Oekonomie gedacht, deren grosse Zusammenhänge nach dem « Führerprinzip » geordnet würden. Wenn sich Grossraumwirtschaft und Weltwirtschaft dabei nicht ausschliessen sollten, so hätte man sich wohl unter dieser Weltwirtschaft keinen internationalen Handel im hergebrachten Sinne zu denken, sondern eine geplante Anpassung, ja die Einordnung der übrigen Welt in die Grossräume, es sei denn, dass es vorher zu einem neuen Kampf zwischen verschiedenen Grossräumen käme: einem neuen Weltkrieg.

IV.

Zum Schluss soll noch das Gebiet der Sozialpolitik gestreift werden. Wir haben schon einleitend gesagt, dass die Atlantik-Charter und die in ihrem Zusammenhang bekannt gewordenen Versprechungen und Pläne (zum Beispiel der Beveridge-Plan) nicht auf eine revolutionäre Umstellung, das heisst auf strukturelle Aenderungen, hinauslaufen.

Auf sozialpolitischem Gebiet sind bis jetzt von seiten der Arbeiterschaft national (die Schweiz macht dabei eine löbliche Ausnahme) und international keine festumschriebene Programme aufgestellt worden. Wir möchten an dieser Stelle nicht entscheiden, ob diese Sachlage darauf zurückzuführen ist, dass im Vergleich zum letzten Krieg Einsatz und Ziele völlig andere sind, dass es diesmal nicht nur um eine soziale Besserstellung, sondern um eine völlige Neuordnung geht.

Wie dem auch sei, auf alle Fälle sind während des letzten Krieges von der organisierten Arbeiterschaft beider kriegführender Gruppen schon nach zwei bzw. drei Jahren Programme ausgearbeitet worden, die sich heute noch sehen lassen dürfen (den Wortlaut kann man in Nummer 14 der « Gewerkschaftlichen Schriftenreihe » des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes: « Was kommt nach dem Kriege? » finden).

Die gleiche Feststellung lässt sich, wie gesagt, im vierten Kriegsjahr des jetzigen Krieges nicht machen.

Während man über den Verbleib und die Bestrebungen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale so gut wie nichts weiss, hat allerdings der Internationale Gewerkschaftsbund im Jahr 1941 die Einsetzung eines provisorischen Internationalen Gewerkschaftsrates beschlossen, in dem ausser einigen Berufsinternationalen, deren Vertretung sich fast ausschliesslich auf die Sektionen Grossbritanniens beschränkt, folgende Länder stimmberechtigt vertreten sind: Grossbritannien, Vereinigte Staaten, Schweden, Norwegen, Kanada, Argentinien, Mexiko und Palästina. In der am

1. September 1942 in London abgehaltenen ersten Sitzung dieses Rates ist bekanntgegeben worden, dass Vertreter der Landeszentralen von USA., Kanada, Schweden, Argentinien und Mexiko noch nicht ernannt worden sind.

Nach längerem Meinungsaustausch ist die Einsetzung von zwei Komitees beschlossen worden, von denen sich das eine mit rein gewerkschaftlichen Fragen, das heisst mit dem Wiederaufbau der Gewerkschaften nach dem Kriege, und das andere mit den «sozialen und wirtschaftlichen Forderungen» der Nachkriegszeit befassen soll. Das letztere Komitee setzt sich wie folgt zusammen: Citrine, Schevenels, Rens, Nordahl, Svitanics, Adamczyk, Coppock, Edwards, Oldenbroek und Chester.

In diesem Zusammenhang wäre noch zu erwähnen, dass sich auch das Internationale Arbeitsamt (IAA.) mit Nachkriegsproblemen befasst, wobei es jedoch bis jetzt nicht zur Aufstellung eines konkreten Planes gekommen ist. In einem Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes heisst es in diesem Zusammenhang, dass die Behandlung der Probleme des Friedens und Wiederaufbaus innerhalb des IAA. « kaum begonnen habe ». Wenn auch zwischen den drei Gruppen des IAA. (Regierungen, Unternehmer, Arbeiter), so heisst es weiter, « weitgehende Uebereinstimmung über die Notwendigkeit besteht, noch vor Kriegsende die Grundprinzipien aufzustellen, nach denen die soziale und wirtschaftliche Welt von morgen sich entwickeln soll, *um die Wiederholung des gesellschaftlichen Chaos und der Wirtschaftskrisen zu verhindern, die mit ihren Folgen einer neuen Massenarbeitslosigkeit erneut zum Krieg führen müssen* », so bestehe doch auch heute noch « *keine Einigkeit über den Weg, den diese Grundprinzipien nehmen sollen* ». « Noch viele Diskussionen werden nötig sein », so sagt das « Bulletin » des Internationalen Gewerkschaftsbundes, « *um Uebereinstimmung in wesentlichen Punkten der Nachkriegsentscheidungen zu erreichen* ». Eine der Hauptforderungen des IAA. scheint in der Richtung der *Erweiterung seiner Kompetenzen zu gehen, und zwar besonders auf wirtschaftlichem Gebiet,* da selbst sozialpolitische Forderungen letzten Endes nur erfüllt werden können, wenn die wirtschaftliche Lage und die wirtschaftliche Ordnung die nötigen materiellen Voraussetzungen schaffen. Dies gilt insbesondere bei der während dieses Krieges von den Kriegführenden für die Werktätigen in Aussicht gestellten « sozialen Sicherheit », die letzten Endes die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit und die Gewährleistung eines anständigen Lebensstandards erheischt.

Die Gewerkschaften waren sich schon während des letzten Krieges darüber klar, dass ein Internationales Arbeitsamt und der Völkerbund die ihnen damals übertragene Aufgabe der Befriedung und sozialen Angleichung der Welt *nur auf Grund bindender Beschlüsse erfüllen können.* In einer von der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern im Jahre 1919 an die Arbeiter aller

Länder gerichteten Proklamation wurde deshalb ausdrücklich gesagt: « Aus diesem internationalen Parlament (das IAA., d. V.) *sollen nicht nur internationale Konventionen ohne Rechtskraft, sondern internationale Gesetze hervorgehen, die vom Augenblick ihrer Annahme an dieselbe Rechtskraft haben wie nationale Gesetze. Diese Auffassung der Rolle des internationalen Arbeitsparlaments bedingt eine internationale gesetzgebende Gewalt,* die zum Wohl der Völkerliga geschaffen wird, das heisst eine internationale Souveränität ». Demgegenüber muss festgestellt werden, dass IAA. und Völkerbund nie mehr als vorwiegend beratenden Charakter hatten, was insbesondere zum vollen Misserfolg des Völkerbundes beigetragen hat.

V.

Wenn wir zusammenfassend einige Feststellungen machen und den Standort der Schweiz in dieser Entwicklung überprüfen wollen, so bietet dazu eine Feststellung, die kürzlich in einem Artikel der Zeitung « Der öffentliche Dienst » gemacht worden ist, einen guten Ausgangspunkt. Es heisst darin:

> « Unsere Stellung ist im Grunde sehr klar und einfach: wir Schweizer wollen die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes durch diesen Krieg hindurchretten —, und gleichzeitig wissen wir, dass nach dem Krieg ein « neues Europa » da sein wird, in dem auch wir werden leben und uns behaupten müssen. Wohlverstanden: wir werden sogar ein Teil dieses « neuen Europas » sein, wir werden uns aktiv darin betätigen müssen. Das gilt vor allem in wirtschaftlicher Beziehung. Es gibt da aber noch ein zweites « Wohlverstanden »: es wird *in jedem Fall ein « neues Europa » sein, ob nun die eine oder andere Seite siegen wird.* Von unserer politischen Ueberzeugung aus, als freie Schweizer und als Demokraten, müssen wir das meiste von dem, was heute von der einen Seite als « neues Europa » propagiert wird, ablehnen; *aber mit dieser an sich berechtigten Ablehnung begehen leider viele Schweizer den Fehler, zu übersehen, dass auf alle Fälle nach diesem Krieg ein « neues Europa » da sein wird.* Es ist unser Recht wie unsere Pflicht, uns eine möglichst klare Vorstellung davon zu bilden, wie dieses « neue Europa » nach unserer Meinung aussehen sollte. »

Wird dieses « neue Europa » tatsächlich « in jedem Fall » die Merkmale einer grundlegend « neuen Ordnung » haben? Wir wagen daran zu zweifeln, besonders wenn wir die verschiedenen überhaupt möglichen Ordnungen streng auseinanderhalten. Wenn ein «neues Europa » als wirtschaftliche Einheit freiheitlich-föderativ oder autoritär zustande käme, so müssten für dieses Europa die gleichen Kriterien gelten, die die zünftige Nationalökonomie für nationale Ordnungen aufgestellt hat und gelten lässt. Man unterscheidet dabei das individualistische System, das der Produktion und Verteilung volle Freiheit lässt, das kooperative bzw. genossenschaftliche oder sozialistische System, in dem die Produktion geplant und der Konsum frei ist (wobei die Frage aufgeworfen werden darf, ob bei den ungeheuren Schwierigkeiten der weitgehenden Planung der Pro-

duktion dem Konsum auf die Dauer Freiheit überhaupt gelassen werden kann), endlich die solidaristische Wirtschaft, in der Konsum und Produktion voll geplant sind.

Die wirtschaftlichen Tendenzen und Pläne der Alliierten und der Achsenmächte schliessen die grundlegende Aenderung der Abschaffung des Kapitalismus nicht ein. Sie lassen sich im übrigen in keine der genannten Kategorien voll einreihen. Es lässt sich höchstens sagen, dass die bis jetzt bekannt und laut gewordenen Pläne und Absichten der Alliierten eher zur Kategorie der individualistischen Wirtschaft, das heisst eines « dirigierten Liberalismus » (ein Widerspruch an sich!) neigen, während die Achse bzw. deren Länder zurzeit sozusagen einer vierten Kategorie angehören: freie Produktion insofern, als die kapitalistische Betriebsform aufrechterhalten wird, und geplanter Konsum auf Grund straffer Rationierung und Dirigierung der Kaufkraft: Lohndiktat usw. (Es gibt Theoretiker, die behaupten, diese Form der Wirtschaft sei auf die Dauer nicht haltbar und mache deshalb schlussendlich die Wahl einer der drei genannten Kategorien nötig.)

Wenn sich Eden in vollem Widerspruch zu den von ihm bereits erwähnten Aeusserungen einmal dahin ausgesprochen hat, dass « das Problem einfach sei und volle Produktion sowie gerechte Verteilung bedeute », so möchten wir sagen, dass uns dies gar nicht so einfach erscheint und dass wir in den Programmen und Plänen der Alliierten nichts entdecken können, was beweist, dass diese Lösung irgendwie ernsthaft gewollt oder vorbereitet wird.

> *Diese Lösung setzt nämlich die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, das heisst die Abschaffung der Konkurrenz- und Profitwirtschaft, sowie die Einführung der Bedarfsdeckungswirtschaft voraus.*

Nichts, aber auch gar nichts deutet bis jetzt bei *beiden kriegführenden Parteien auf eine solche Absicht und auf den eindeutigen Willen hin, das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft auf eine wahrhaft neue Grundlage zu stellen.*

Wenn wir dies sagen, so sind wir uns durchaus bewusst, dass solche grundlegenden Aenderungen selbst in den Kreisen jener, die sie ernsthaft vertreten und erhoffen, nicht mit allen Konsequenzen begriffen werden. Citrine hatte ohne Zweifel recht, als er im Zusammenhang mit den weitgehenden Planungen, die in der erwähnten Besprechung des internationalen Gewerkschaftsrates insbesondere von Emigranten vorgeschlagen worden sind (die von Verantwortungen unbelastet sind), daran erinnerte, dass, *wenn man das A der Planung gesagt hat, das B des Zwanges, der Ordnung bis zum letzten Wirtschaftsobjekt und -subjekt nicht ausbleiben könne.* Denn darüber darf sich niemand Täuschungen hingeben: wenn der brutale und gerade deshalb gesamtwirtschaftlich oft sehr wirkungsvolle Automatismus des Liberalismus und alles, was er —

neben Elend und Halsabschneiderei — an Fortschritt und Beiträgen zur Menschheitsentwicklung gebracht hat, durch schmerzlose Planung ersetzt werden soll, so darf diese kein Flickwerk sein. Wenn alles, was nach dem menschlichen Ermessen organisiert werden kann, organisiert wird, so bleiben noch genug Zufälligkeiten und Fehlerquellen übrig, die als « Bewirtschaftung des Zufalls » ernste Probleme stellen (man denke zum Beispiel daran, dass der zweite Fünfjahresplan der USSR 1932—1937 eine Bevölkerungszunahme von 165,7 auf 180,7 Millionen in Rechnung setzte, während dann die Bevölkerung in Wirklichkeit nur auf 169 Millionen gestiegen ist!).

Letzten Endes wird sich nach dem Krieg national und international das Problem stellen, ob die Menschen weiterhin als individuell wirtschaftende Menschen oder zusammengefasst als wirtschaftliche Einheiten einander gegenübertreten werden. Wenn das zweite der Fall ist, was auf beiden Seiten gesagt und versprochen wird, so müssen sich die einzelnen wirtschaftenden Menschen, das heisst alle Werktätigen im weitesten Sinne des Wortes, in ein Ganzes einordnen im Interesse der Erhaltung und des Ausbaus dieses Ganzen.

Wir zweifeln daran, dass wir in grossem Massstabe mit der sicherlich eleganten und alle Teile befriedigenden Lösung auskommen können, die zum Beispiel Jean Mussard in der « Roten Revue » (Januar 1943) vorschlägt und die darauf hinausläuft, dass der « freie Sektor » der Wirtschaft unter kostspieligen Umstellungen und eventuell Dislokationen seiner Arbeiter jedesmal den gemeinwirtschaftlichen Sektor, das heisst die Kasse der Allgemeinheit, als « Sanatorium » benützt, sobald die Unternehmer keine Profite mehr machen können (wobei sogar die Möglichkeit offengehalten wird, dass der Staat zur Vermeidung kostspieliger Investitionen aushilfsweise an Stelle des versagenden oder verhinderten Unternehmers in handwerklicher Art Schuhe herstellen lässt: würde sich da nicht sofort die Ueberlegung aufdrängen, dass die Allgemeinheit eben die profitlose Produktion in den brachliegenden Schuhfabriken samt den letzteren selber übernimmt?).

*

« Die Welt wird nie Ruhe und Sicherheit finden », so hat kürzlich der britische Arbeitsminister und Gewerkschafter Bevin gesagt, « wenn nicht die reichen Länder mit hoher Produktivkraft bereit sind, einen Teil ihrer Lebenshaltung zu opfern, um den Lebensstandard der weniger glücklichen Länder zu heben. »

Was hier für die Länder gesagt wird, gilt auch für die Staatsbürger untereinander.

Mit diesem Opfer, das Organisation bedeutet, ist für alle auch ein Opfer an Freiheit und Bequemlichkeit verbunden. Deshalb sollte im Zusammenhang mit der Organisation einer neuen Ordnung, eines neuen Europas und einer neuen Welt das billige Wort

der Freiheit, das von allen Seiten als Sirenengesang auf den irrenden Odysseus unserer geplagten Welt eindringt und ihn über den schweren Weg hinwegtrösten oder gar vom richtigen Weg ablenken soll, nicht zu oft in den Mund genommen werden.

In diesem Sinne möchten wir mit den wahrhaft weisen Worten schliessen, die kürzlich Jakobus Weidenmann in einem Artikel « Wo stehen wir im Umbruch der Zeit? » in der « Nation » gesagt hat:

> « Wer die Freiheit an sich preist und sie als das Heilmittel für die Gebresten der Menschheit anbetet, der treibt Götzendienst und weiss zudem nicht, was für ein Danaergeschenk die Freiheit ist. Freiheit als blosse Ellenbogenfreiheit — wie es die Handels-, Gewerbe- und Ausbeutungsfreiheit ist — ist das satanischste Mittel zur Unterdrückung der Freiheit, dient vor allem der Macht und zerstört die Menschenwürde dessen, der sie gebraucht wie dessen, der sie erleidet. Freiheit « an sich » ist kein Wert. Die Frage lautet: Freiheit wozu? Ein Liberalismus, der von der Vergötzung der Freiheit lebt, lebt nicht, sondern verwest. Es genügt auch nicht, der Freiheit die Flügel zu stutzen, wo sie etwas zu wild geworden ist; denn es kommt nicht auf das Mass der Freiheit an, sondern auf ihre Qualität und ihre Ausgerichtetheit. So gibt es denn keine Prinzipien und keine Gesellschaftsformen, die an sich gut genannt werden dürften. Gut ist allein der gute Wille, sich von allen Schlagworten und allgemeinen Prinzipien loszulösen, um das Wesen der Mittel zu erkennen, die dem wahren Heil des Menschen dienen sollen. Gut ist allein der gute Wille, der Verwirklichung der höchsten Lebenswerte zu dienen mit den Mitteln, die dazu tauglich sind und vor einem geschärften Gewissen bestehen können. »

Es hilft der Schweiz und den Schweizern nichts, wenn jeden Tag in der Zeitung steht und in den verschiedensten Variationen und Absichten gesagt wird, dass sie ohne Handels- und Gewerbefreiheit, ohne freien Aussenhandel und andere materielle Freiheiten nicht leben können. Die Schweiz wird unter allen Umständen leben und leben können, wenn sie selbstbewusst und aus eigener Erkenntnis das tut, was der Augenblick und die allgemeine Entwicklung verlangt. Sie muss sich s e l b e r auf alle Möglichkeiten einrichten, dann wird sie auch selbständig und unabhängig alle Möglichkeiten ergreifen können. Dieser Möglichkeiten sind viele in einer Welt, wo ein Teil — die Achse — auf die volle Planung Europas hinsteuert, während der andere Teil, die Alliierten, die verschiedensten Aussichten verkörpert: Die USA. sehen mit einem gewissen Recht als junge Nation in diesem Krieg für sich selber die Aussicht einer grossen Weltmacht, deren freie Entwicklung in einer freien Welt den höchsten Gewinn verspricht. Das Britische Weltreich und seine Völker schwanken zwischen der Erhaltung dessen, was sie gross und reich gemacht hat, und der Einstellung auf Umstellungen und Beschränkungen, die Begrenzungen und Organisation erfordern. Die USSR. wiederum hofft auf einen Sieg ihrer Ideen in der Welt, weil sie nicht ohne Grund allein in diesem Sieg jene Ruhe und jenen Schutz vor dem Kapitalismus erblickt, die sie für ihren Aufbau so bitter nötig hat.